

22.7.2020

B9-0229/1

Änderungsantrag 1

João Ferreira, Sandra Pereira

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0229/2020

PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag

Erwägung C a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Ca. in der Erwägung, dass auf der Tagung des Europäischen Rates mehr noch als die tiefen Brüche und Widersprüche, die die Europäische Union durchziehen, das Wesen eines Integrationsprozesses deutlich wurde, der von Natur aus Ungleichheiten, Divergenzen und Asymmetrien hervorruft und bei dem der Wettbewerb auf dem Binnenmarkt Vorrang vor jeglicher Aussicht auf Solidarität zwischen den Staaten hat, die sich in der Praxis als nicht existent erwiesen hat;

Or. en

22.7.2020

B9-0229/2

Änderungsantrag 2

Manuel Bompard

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0229/2020

PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag

Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2a. fordert die EZB nachdrücklich auf, die von ihr gehaltenen Schulden der Mitgliedstaaten um den Betrag zu reduzieren, den diese Staaten für die Bewältigung der sanitären und wirtschaftlichen Krise im Zusammenhang mit COVID-19 aufwenden; fordert die EU eindringlich auf, eine Überarbeitung der europäischen Verträge einzuleiten, die sich zumindest auf die Geldpolitik erstreckt, damit die EZB den Mitgliedstaaten und der EU unmittelbar Geld leihen und direkt von den Mitgliedstaaten ewige Schuldverschreibungen zum Nullzinssatz erwerben kann; fordert nachdrücklich, dass die Bedingungen, Laufzeiten, Zinsen und Beträge der öffentlichen Verschuldung neu verhandelt werden, damit die für den Schuldendienst vorgesehenen Mittel stattdessen zur Deckung des dringend notwendigen wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Bedarfs in den Mitgliedstaaten aufgewendet werden können;

Or. en

22.7.2020

B9-0229/3

Änderungsantrag 3

Manuel Bompard

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0229/2020

PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag

Ziffer 2 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

**2b. bekräftigt den im Mai 2020
bekundeten entschlossenen Standpunkt
des Europäischen Parlaments, in dem ein
Aufbaupaket im Umfang von 2 Billionen
EUR gefordert wurde;**

Or. en

22.7.2020

B9-0229/4

Änderungsantrag 4

Manuel Bompard

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0229/2020

PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag

Ziffer 2 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2c. fordert, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt, die Rechtsvorschriften über die wirtschaftspolitische Steuerung (Sechserpaket und Zweierpaket), das Europäische Semester und der Haushaltsvertrag aufgehoben und durch einen Pakt für nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung ersetzt werden, durch den Arbeitsplätze, inklusives Wachstum und Umweltschutz gesichert werden; betont, dass die EU und die Mitgliedstaaten auf diese Weise den Handlungsspielraum schaffen werden, den sie benötigen, um öffentliche Investitionen zu begünstigen, öffentliche Dienstleistungen und deren soziale Aufgaben zu finanzieren, die wirtschaftliche Tätigkeit, insbesondere in den produktiven Wirtschaftszweigen, anzukurbeln und öffentliches Eigentum und die Kontrolle über strategische Wirtschaftszweige zu übernehmen; betont ferner, dass dadurch sichergestellt wird, dass auf die jetzt von der EU zugestandene „Flexibilität“ keine Sparmaßnahmen folgen, die zur Verarmung weiter Teile der Gesellschaft führen, wie dies etwa nach der Krise 2008 der Fall war;

Or. en

AM\1210648DE.docx

PE655.408v01-00

22.7.2020

B9-0229/5

Änderungsantrag 5

Marc Botenga

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0229/2020

PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag

Ziffer 2 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2d. bedauert jede wie auch immer geartete Verknüpfung zwischen dem Aufbaufonds und den Strukturreformmaßnahmen oder Konditionalitäten, die darauf abzielen, soziale Rechte zu schwächen oder Arbeitsbedingungen zu verschlechtern; fordert daher, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt, die Rechtsvorschriften über die wirtschaftspolitische Steuerung, das Europäische Semester oder jedes andere Instrument, das strukturpolitische Auflagen vorsieht, durch die öffentliche Investitionen eingeschränkt und öffentliche Dienstleistungen möglicherweise beeinträchtigt werden, aufgehoben werden;

Or. en

22.7.2020

B9-0229/6

Änderungsantrag 6
João Ferreira, Sandra Pereira
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag **B9-0229/2020**
PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL
Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli
2020

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

3a. bedauert die bei den Mitteln für den MFR 2021–2027 vorgenommenen Kürzungen, konkret bei den Struktur- und Kohäsionsfonds und im Bereich der Landwirtschaft und der Entwicklung des ländlichen Raums, in deren Zuge eine wirksame wirtschaftliche und soziale Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten nicht länger durchführbar ist; fordert hingegen eine Aufstockung der für die Kohäsionspolitik im MFR zugewiesenen finanziellen Mittel, da dies eine Voraussetzung für dessen Annahme ist; bedauert ebenfalls die massiven Kürzungen beim Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums im Rahmen des Aufbauplans für die Wirtschaft;

Or. en

22.7.2020

B9-0229/7

Änderungsantrag 7

João Ferreira, Sandra Pereira

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0229/2020

PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag

Ziffer 3 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

3b. ist der Auffassung, dass die Aufstockung des EU-Haushalts im Wesentlichen auf den Beiträgen der Mitgliedstaaten entsprechend ihrem jeweiligen BNE beruhen sollte, um die Umverteilungsfunktion des Haushalts zu stärken und sicherzustellen, dass diejenigen, die am meisten von der Integration (von Binnenmarkt und Euro) profitieren, einen größeren Beitrag leisten; lehnt die Einführung europäischer Steuern ab;

Or. en

22.7.2020

B9-0229/8

Änderungsantrag 8
Luke Ming Flanagan
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag **B9-0229/2020**
PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL
Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag

Geänderter Text

4. missbilligt, dass das Erreichen im allgemeinen Interesse liegender gemeinsamer Lösungen allzu häufig durch das ausschließliche Festhalten an nationalen Interessen und Standpunkten aufs Spiel gesetzt wird; warnt davor, dass die Kürzungen im MFR den Interessen der EU zuwiderlaufen; ist beispielsweise der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Kürzungen bei Gesundheits- und Forschungsprogrammen im Zusammenhang mit einer weltweiten Pandemie gefährlich sind; ist der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Kürzungen bei Bildung, digitalem Wandel und Innovation die Zukunft der nächsten Generation von Europäern gefährden; ist der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Kürzungen bei **Programmen zur Unterstützung der Umgestaltung CO₂-abhängiger Regionen** der Agenda des Grünen Deals der EU zuwiderlaufen; ist der Ansicht, dass die Lage der EU in einer mehr und mehr unberechenbaren und unsicheren Welt durch die vorgeschlagenen Kürzungen in den Bereichen Asyl, Migration und Grenzschutz zunehmend gefährlich wird;

4. missbilligt, dass das Erreichen im allgemeinen Interesse liegender gemeinsamer Lösungen allzu häufig durch das ausschließliche Festhalten an nationalen Interessen und Standpunkten aufs Spiel gesetzt wird; warnt davor, dass die Kürzungen im MFR den Interessen der EU zuwiderlaufen; ist beispielsweise der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Kürzungen bei Gesundheits- und Forschungsprogrammen im Zusammenhang mit einer weltweiten Pandemie gefährlich sind; ist der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Kürzungen bei Bildung, digitalem Wandel und Innovation die Zukunft der nächsten Generation von Europäern gefährden; ist der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Kürzungen bei **dem ELER und dem EGFL die Fähigkeit der Landwirtschaft untergraben, den Zielen der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und der Biodiversitätsstrategie nachzukommen, und** der Agenda des Grünen Deals der EU zuwiderlaufen; ist der Ansicht, dass die Lage der EU in einer mehr und mehr unberechenbaren und unsicheren Welt durch die vorgeschlagenen Kürzungen in den Bereichen Asyl, Migration und Grenzschutz zunehmend gefährlich wird;

Or. en

AM\1210648DE.docx

PE655.408v01-00

22.7.2020

B9-0229/9

Änderungsantrag 9

Helmut Scholz

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0229/2020

PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag

Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

9a. begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates, in denen konkrete Maßnahmen zum Schutz des EU-Haushalts vor Betrug und Korruption gefordert werden; bekräftigt die Schlussfolgerung des Rates, für Einrichtungen, die mit der Bekämpfung von Korruption und Betrug befasst sind, Mittel in ausreichender Höhe sicherzustellen, darunter für den Rechnungshof, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung, die Europäische Staatsanwaltschaft, Eurojust und Europol; fordert in diesem Zusammenhang, dass der Haushalt der EUSTa mit dem des OLAF mindestens gleichwertig ist; stimmt des Weiteren mit dem Rat dahingehend überein, dass die Erhebung und Vergleichbarkeit von Informationen über die Endbegünstigten von EU-Mitteln für den Schutz des EU-Haushalts wesentlich ist; betont, dass in diesem Zusammenhang ein einheitliches und standardisiertes Informationssystem für die Mitgliedstaaten, über das Echtzeit-Informationen über die Endbegünstigten übermittelt werden können, eingerichtet werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 10**Manuel Bompard**

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag**B9-0229/2020****PPE, S&D, Renew, Verts/ALE, GUE/NGL**

Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17.–21. Juli 2020

Entschließungsantrag**Ziffer 9***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

9. bedauert zutiefst, dass der Europäische Rat die Bemühungen der Kommission und des Parlaments, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Grundrechte und der Demokratie im Rahmen des MFR und des Aufbauinstruments der Europäischen Union (Next Generation EU) zu garantieren, nicht hinreichend unterstützt hat; bekräftigt seine Forderung, die Arbeit des Mitgesetzgebers an dem von der Kommission vorgeschlagenen Mechanismus zu vollenden, damit der **EU-Haushalts** geschützt werden kann, wenn eine systemische Gefährdung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte besteht und wenn die finanziellen Interessen der Union auf dem Spiel stehen; betont, dass dieser Mechanismus durch eine umgekehrte qualifizierte Mehrheit aktiviert werden sollte, wenn er wirksam sein soll; betont, dass dieser Mechanismus die Verpflichtung staatlicher Stellen oder der Mitgliedstaaten, Zahlungen an Endbegünstigte oder Empfänger zu leisten, nicht berühren darf; unterstreicht, dass die Verordnung über die Rechtsstaatlichkeit im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens verabschiedet wird;

9. bedauert zutiefst, dass der Europäische Rat die Bemühungen der Kommission und des Parlaments, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Grundrechte und der Demokratie im Rahmen des MFR und des Aufbauinstruments der Europäischen Union (Next Generation EU) zu garantieren, nicht hinreichend unterstützt hat; bekräftigt seine Forderung, die Arbeit des Mitgesetzgebers an dem von der Kommission vorgeschlagenen Mechanismus **vorrangig** zu vollenden, damit der **EU-Haushalt** geschützt werden kann, wenn eine systemische Gefährdung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte besteht und wenn die finanziellen Interessen der Union auf dem Spiel stehen, **was vor einer Billigung des MFR und des Aufbauinstruments der Europäischen Union als Priorität eingestuft werden sollte**; betont, dass dieser Mechanismus durch eine umgekehrte qualifizierte Mehrheit aktiviert werden sollte, wenn er wirksam sein soll; betont, dass dieser Mechanismus die Verpflichtung staatlicher Stellen oder der Mitgliedstaaten, Zahlungen an Endbegünstigte oder Empfänger zu leisten, nicht berühren darf; unterstreicht, dass die Verordnung über die Rechtsstaatlichkeit im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens verabschiedet

wird;

Or. en